

## ■ Berlins Neutralität in der Ukraine-Krise und das Problem der deutschen Identität

David Engels

Deutschlands Haltung in der gegenwärtigen ukrainisch-russischen Krise wirft viele Fragen auf und wird in Europa fast ebenso diskutiert wie der Konflikt selbst - vor allem Polen, das sich einmal mehr im geostrategischen Dilemma zwischen Ost und West wiederfindet.



Oft genug wird dabei versucht, aus den Äußerungen deutscher Politiker, den Analysen deutscher Medien und, allem voran, den konkreten deutschen Maßnahmen gegenüber Rußland und der Ukraine (oder eher dem Fehlen solcher Maßnahmen) so etwas wie eine rationelle Gesamtstrategie abzuleiten. Diese liefe dann darauf hinaus, daß Deutschland sowohl aufgrund seiner Abhängigkeit gegenüber russischem Gas als auch aus wirtschaftlichem und politischem Ehrgeiz eine erneute Teilung des Kontinents in eine deutsche Einflußsphäre in EU-Europa und eine russische im ostslawischen Raum anstrebe und daher Rußlands Expansion in die Ukraine stillschweigend toleriere. Nun sind beide Argumente sicherlich wichtig für das Verständnis der Lage, aber sie übersehen die Tatsache, daß die gegenwärtige deutsche Rußland-Politik nicht mehr, wie im 20. oder 19. Jh., von einer geeinten, „positiven“ machtpolitischen Strategie getrieben ist, sondern vielmehr von einer diffusen Kombination verschiedenster, weitgehend „negativer“ Imperative, die tief im Problem der modernen deutschen Identität verankert sind.



Redaktion:  
David Engels  
Justyna Schulz  
Stanisław Żerko

Nr. 3.2022  
08.2.22

Die „Kommentare aus dem  
Westinstitut“ sind auch  
verfügbar über :  
NEWSLETTER IZ  
FACEBOOK  
SCRIBD  
LINKEDIN  
TWITTER

Die „Kommentare“ geben  
nur die Meinung ihres  
Verfassers und nicht des  
Instituts wieder.

Die Energieabhängigkeit von Rußland ist eine erste Illustration dafür, denn sie beruht nicht auf dem Wunsch zu einer Allianz mit Rußland, sondern auf der vollständig surrealen, nur von der ideologischen Blindheit der Grünen betriebenen Entscheidung Angela Merkels, innerhalb weniger Jahre nicht nur aus der Kohle-, sondern auch der Atomenergie auszusteigen, so daß die Suche nach billigem Gas zu einer „alternativlosen“ Verpflichtung geworden ist.

Man wird einwenden, daß dieses Gas auch aus den USA hätte importiert werden können - zwar teurer, dafür aber wenigstens im Rahmen des traditionellen westlichen Bündnissystems. Doch auch hier stoßen wir auf ein weiteres Beispiel für Deutschlands „negative“ Politik, denn breite Schichten der deutschen Bevölkerung und Politik sind infolge jahrzehntelanger links-grüner Hetze gegen den „US-Imperialismus“ von einer tiefen Abneigung gegen die USA und somit auch die NATO geprägt, die sich naturgemäß in einer gewissen Sympathie für den (angeblichen) „Underdog“ Rußland niederschlägt. Nur so läßt sich das Paradox erklären, wieso gerade jene linken Politiker, die innerhalb Deutschlands alle Konservativen pauschal als „Nazis“ diffamieren, ebenso mit dem ultrakonservativen Rußland liebäugeln wie etwa mit dem Iran.

Diese Abneigung gegenüber dem westlichen Bündnissystem ist gleichzeitig auch eine etwas surreale Folge der Demilitarisierung Deutschlands seit dem Zweiten Weltkrieg. Anstatt eine echte Infragestellung des preußischen Militarismus hervorzubringen, ist nunmehr eine Art „militanter Pazifismus“ entstanden, der aus der von außen aufgezwungenen Zerschlagung der eigenen militärischen Arroganz eine neue Art der Arroganz entwickelt hat. Und so hält sich Deutschland seit Jahrzehnten mit geradezu ostentativem Moralismus aus jeder militärischen Konfrontation seiner westlichen Bündnispartner heraus und beschränkt sich bestenfalls auf den Aufruf zur „Mäßigung“ und die Entsendung von Sanitätern - und natürlich den Verkauf der eigenen Waffen.

Dies leitet zu einem letzten Punkt über, nämlich der ad nauseam wiederholten Beteuerung, Deutschland dürfe aufgrund seiner „historischen Verantwortung“ nie mehr in einen Krieg gegen Rußland ziehen - auch dies eine rein negative Begründung, welche natürlich gleichzeitig ein Schlag ins Gesicht aller westlichen Bündnispartner ist und zudem eine bedenkliche Verzerrung der historischen Realität, in dessen Zentrum vor allem der deutsche Versuch stand, nicht nur die staatliche, sondern sogar die ethnische Existenz der unmittelbaren östlichen Nachbarn, allen voran Polen und der Ukraine, auszulöschen...

Kein Wunder also, daß eine aus solchen problematischen Motivationen entstehende Politik vielen äußeren Betrachtern als ebenso unzuverlässig wie heuchlerisch erscheinen mag und zudem ungewollt an vergangene historische Konstellationen erinnert, auch wenn zumindest militärisch vom gegenwärtigen Deutschland keinerlei Bedrohung mehr für seine Nachbarn ausgeht. Polen tut jedenfalls gut daran, sich - einmal mehr in seiner Geschichte - nicht allzusehr auf die Beteuerungen von der „westlichen Wertegemeinschaft“ und der „europäischen Solidarität“ zu verlassen, die wir gegenwärtig aus Berlin wie Brüssel vernehmen.



Illustration: Graffito, Wien, 2009.

(<https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/4/4f/Nie-wieder-Deutschland.png>).

Instytut Zachodni  
im. Zygmunta Wojciechowskiego  
ul. Mostowa 27A, 61-854 Poznań

tel. +48 61 852 76 91, fax. +48 61 852 49 05  
email: [izpozpl@iz.poznan.pl](mailto:izpozpl@iz.poznan.pl)  
[www.iz.poznan.pl](http://www.iz.poznan.pl)